Landtag Rheinland-Pfalz
17. Wahlperiode

Vorlage 17/6195
21. Februar 2020

An die
Mitglieder des
Innenausschusses

Antrag der Fraktion der CDU nach § 76 Abs. 2 GOLT

Die Fraktion der CDU hat mit Schreiben vom 21. Februar 2020 beantragt, folgenden Punkt gemäß § 76 Abs. 2 GOLT auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen:

„Rechtsextremer Anschlag in Hanau - Auswirkungen auf Rheinland-Pfalz“.

Begründung:

Am Mittwoch, 19. Februar 2020, tötete Tobias R. aus rechtsextremen Beweggründen heraus neun Menschen in zwei Shisha-Bars in Hanau, bevor er seine Mutter und sich selbst tötete. Unter den Todesopfern sind fünf türkische Staatsbürger, ein Rumäne und drei weitere Menschen mit Migrationshintergrund im Alter von 21 bis 44 Jahren. Eine unbekannte Anzahl an Personen ist – teils schwer – verletzt.
Der Attentäter R. hinterließ ein Bekennerschreiben und ein Video, das er auf Youtube postete. Nach Einschätzung des Generalbundesanwalts Frank enthielten beide Dokumente Hinweise auf eine „zutiefst rassistische Gesinnung“.

Bundesinnenminister Seehofer (CSU) hat angekündigt, die Polizeipräsenz bundesweit – auch vor Moscheen – zu erhöhen. Die Bundespolizei werde die Bundesländer unterstützen, wo sie könne.

Vor diesem Hintergrund wird die Landesregierung um Mitteilung gebeten, wie sie die Gefährdungslage durch Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus in Rheinland-Pfalz einschätzt.

Weiterhin wird die Landesregierung um Mitteilung gebeten, welche konkreten Maßnahmen sie – in Abstimmung mit dem Bund – plant, um einen solchen Anschlag in Rheinland-Pfalz zu verhindern.